

# *Tristan Abromeit*

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

4. April 2011

ein Leser-Kommentar

zu den Themen

FDP und "Deutschland ungeschminkt"

des

Handelsblattes

## Text 89.0

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie schreiben heute im **Handelsblatt - MorningBriefing** vom Montag, 04. April 2011,

a) > Guido Westerwelle hat gestern Abend auf den FDP-Vorsitz verzichtet, um sein Amt als Außenminister zu retten. Ob ihm das gelingt? Warum soll ein Politiker, der für seine 64.000 Parteimitglieder (0,08 Prozent unserer Bevölkerung) nicht gut genug ist, die übrigen 80 Millionen Deutschen in ihren äußeren Angelegenheiten vertreten?<

Und:

b) >In Zeiten der FDP-Jugendrevolte wirkt Rainer Brüderle wie der Fels in der Brandung. In einem Gastbeitrag für das Handelsblatt wirbt er für "Maß und Mitte" und eine Neubegründung der Ordnungspolitik. Wenn die FDP ihn in den Rücktritt drängte, würde ich das für einen Fehler halten. Das Wirtschaftsressort ist kein Abenteuerspielplatz für den Parteienachwuchs.<

Zu a):

Guido Westerwelle allein haftbar zu machen für die Schwäche der FDP ist unsachlich und ungerecht. Es gibt keinen Führer (Vorsitzenden) ohne Zustimmung der Geführten (Nach-ihm-

Sitzenden). Hieß es nicht Jahrzehnte lang – wenn über ein Unrecht oder ein Leid berichtet wurde, das Deutsche im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg erlitten haben – :„Aber diese Deutschen hatten selber Schuld – warum haben sie Hitler zugelassen?“ Auch die Schwächen der anderen Parteiführungen sind die Schwächen ihrer jeweiligen Mitgliedschaften. Es ist aber nicht schwer zu dem Schluß zu kommen, daß die politischen Parteien im System Demokratie gar nicht das leisten können, was von ihnen erwartet wird. Zieht man diesen Schluß, stellt sich aber sofort die Frage nach einem anderen Selektionssystem für die Volksvertreter.

Zu b):

1. Eine "FDP-Jugendrevolte" ist noch keine programmatische Revolte. Die jüngeren FDP-Mitglieder müßten wohl die Fähigkeit haben, an Karl-Hermann Flach und seinem Buch „Noch eine Chance für die Liberalen“, 1971, anzuknüpfen und dann erst einmal die Unterscheidung von Kapitalismus und Marktwirtschaft lernen.

Auszüge aus „Noch eine Chance ...“ sind zu finden unter:

[http://www.tristan-abromeit.de/pdf/80.1\\_K-H-Flach\\_Noch\\_eine\\_Chance.pdf](http://www.tristan-abromeit.de/pdf/80.1_K-H-Flach_Noch_eine_Chance.pdf)

Aber wie lernunwillig die FDP-Mitglieder sind, kann man erkennen, wenn man ihre heutigen Verlautbarungen mit den Mahnungen in meinem Text von 1978 mit dem Titel: „PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“ liest.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

Wo kann man bei der FDP ein Quantum an Liberalität erkennen, daß über jenes hinausgeht, das auch die Konkurrenzparteien anbieten? Ist die FDP mehr als ein Verein von Sprücheklopfern?

2. Das mir medienvermittelte Bild von Rainer Brüderle paßt nicht mit der Aussage des HB vom „Fels in der Brandung“ zusammen. Ich assoziiere das Bild vom Politiker Brüderle (Über den privaten Menschen B. erlaube ich mir kein Urteil.) eher mit einem Schwamm, der sich am Felsen krallt und abstirbt, wenn er vom Felsen getrennt wird.

3. Von Maß und Mitte redet es sich leicht; aber fällt es schon schwer zu beschreiben, was denn Maß und die Mitte konkret bedeuten soll. Die Mitte als einen Ort der politischen Ausge-

wogenheit zu deuten, ist schon fehlerhaft. Alle politischen Fehlentwicklungen und Teufeleien haben ihren Ausgangspunkt im Versagen der politischen Mitte. Erst wenn die politische Mitte die Gesellschaft reif gemacht hat für einen Extremismus, kommt dieser zum Zuge. Das war auch in der Weimarer Republik so. Und völlig übersehen wird bei dieser Redewendung von Maß und Mitte, daß der Kapitalismus kein Maß kennt. Er steht nach einer Zerstörung durch Krieg oder Naturkatastrophen auf wie Phönix aus der Asche, aber so wie Phönix bei seinem Höhenflug durch die Sonne verbrannt wird, zerstört sich der Kapitalismus selbst durch seine Konzentrationsprozesse und seiner Regression bei fallender Rendite in einer Phase der Vollbeschäftigung. Die daraus folgende Revolte gegen den Kapitalismus ist systemnotwendig, damit seine Regenerierung durch Zerstörung mittels Konjunkturzusammenbruch und / oder Krieg gelingt und er erneut als Retter in der Not (die er selbst erzeugt) anbieten kann.

4. Wenn eine „Neubegründung der Ordnungspolitik“ ins Spiel gebracht wird, muß erstens erklärt werden, daß mit Ordnungspolitik nicht gemeint ist, eine Politik nach dem Muster von Law and Order, die (auch ungerechte) gesetzliche Normen mit der Gewalt des Staates durchsetzt, sondern eine Analyse eines Wirtschaftssystems und die Konstruktion oder Definition geeigneter Instrumente und Institutionen, die eine Selbststeuerung mit einem optimalen Ergebnis für alle Wirtschaftsteilnehmer ermöglicht. Ordnungspolitik hat also die Systemgestaltung zum Gegenstand. Aber gerade hier hapert es nicht nur bei der FDP, sondern bei allen Parteien, ja sogar bei den Wirtschaftswissenschaften. Die Parole lautet hier: „Wasch mich, aber mach mich nicht nass!“

5. „Das Wirtschaftsressort ist kein Abenteuerspielplatz für den Parteinachwuchs.“ Das ist ein kluger Satz, nur gilt er auch für die alten politischen Hasen, die immer in die falsche Richtung laufen oder für Wirtschaftsjournalisten, die aufgrund theoretischer Blindheit - oder weil sie gegenüber den Redaktionen kuschen - immer um den heißen Brei, um den Kern der Probleme, herumschreiben.

Ich will für diese Blindheit noch Beispiele liefern:

1. Im Handelsblatt vom 1./2. April 2011 (Printausgabe) schreiben die Autoren Steingart, Heilmann und Heß in ihrem Artikel „**Deutschland ungeschminkt**“:

"Das Steuersystem ist intransparent und ineffizient. Die bestverdienenden zehn Prozent der Haushalte zahlen mehr als die Hälfte der Einkommensteuer." Den Satz kann ich ja noch akzeptieren, wenn er mehr als eine Behauptung ist. Eine Frau klagte mir in diesen Tagen, daß ihr

von ihrem hart erarbeiteten Jahresbonus (also kein Kapitalertrag) 50% vom Fiskus weggesteuert wurden. Auch die Klagen über die komplizierten und auch ungerechten Steuergesetze halte ich für berechtigt. Aber bei der Aussage: "Die untere Hälfte der Einkommenspyramide zahlt keine zehn Prozent der Gesamteinnahmen des Staates aus der Lohn- und Einkommenssteuer.", fehlt jegliche Erläuterung, warum das so ist. Auch fehlt ein Verweis, in welchem Artikel der Serie die Wirkungen der einzelnen Steuerarten erörtert werden. Denn es ist ja nicht zu übersehen, daß die Schwarzarbeit - ein Indiz, daß wir keine Marktwirtschaft haben - durch die Steuergesetzgebung mit verursacht wird. Aber auch die Mehrwertsteuer muß doch auf den Prüfstand, denn es kann doch sein, daß sie nur deshalb so hoch sein muß, weil sie enorme Lecks für den Fiskus mit Umverteilungswirkungen innerhalb der Gemeinschaft der Wirtschaftsbürger hat, wie der Privatgelehrte und Publizist Karl Walker 1972 in sein Gutachten "Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer" schrieb.

Aber wenn die Autoren schreiben: "Die Umverteilung von unten nach oben ist eine Erfindung von Politikern.", dann offenbaren sie ihre analytische Schwäche, denn diese Aussage ist gar nicht auf das Steuersystem gemünzt, sondern auf die Umverteilung durch den Zins, durch die Rendite, durch die steigende Quote, die das Kapital am Volkseinkommen für sich beansprucht. Die Wirtschaftsbürger - vom Hartz-4-Empfänger bis zum Bezieher höchster Einkommen zahlen 30 bis 40 % ihres Nettoeinkommens an Zinsen, die in den Preisen einkalkuliert sind. Die Tendenz ist durch die weitere Bildung von Kapital, das verzinst werden muß, steigend. Bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen zahlen 80 % der Bürger drauf, 10 % können ein Plus-Minus-Null verzeichnen und nur 10 % sind die eigentlichen Gewinner. Das ist alles nachzulesen in dem Buch "Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" von Helmut Creutz, 1993 und seinen grafischen Darstellungen unter [www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de). Es wurde in mehreren Auflagen jeweils aktualisiert. Die Politik hat also den Spruch von der Umverteilung von unten nach oben nicht erfunden, sondern übernommen, aber leider ohne den Wirkungszusammenhang zu verstehen. Wenn Aufklärung und nicht Vernebelung das Anliegen vom HB ist, sollten in einer groß angelegten Serie "Deutschland ungeschminkt" solche Fakten auch benannt werden,

2. Beim nächsten Beispiel geht es weniger um die Blindheit der Journalisten als um die der Redaktion. Es wäre löblich, wenn die Redaktionen von Zeitungen sich generell bemühen würden, die Vielfalt der Wahrnehmungen und Meinungen von Sachverhalten und Vorgängen in der Gesellschaft in ihrer jeweiligen Zeitung widerzuspiegeln, anstatt ihr Blatt auf einer (Partei-)Linie zu trimmen. Nur mein Eindruck ist, daß die Blätter heute so arbeitsteilig hergestellt

werden, daß der eine Redakteur nicht mitbekommt, was der andere der jeweiligen Ausgabe seiner Zeitung hinzufügt. Das Bewußtmachen von Widersprüchen in den verschiedenen Beiträgen, wäre eine Dienstleistung der Redakteure für die Leser und ein Anreiz diese zum Weiterlesen.

Unter dem Titel "Auf das Wachstum kommt es an" beschreibt Christoph M. Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung die Herausforderungen Deutschlands. Insgesamt sagt Schmidt nichts anderes, als jeder über sein Wohnviertel hinaus bekannte Politiker auch sagt. Die Gefahren sieht er in der Staatsschulden-Krise, im demokratischen Wandel und in der Ausrichtung der Weltwirtschaft in Richtung der Schwellenländer. **"In dieser Situation kommt es darauf an, das Wachstumspotential systematisch zu verbessern und Wachstumschancen konsequent zu nutzen.** Zwei Bereiche sind entscheidend: einerseits der Aufbau und der effiziente Einsatz von Humankapital und andererseits der Ausbau von Aktivitäten in Forschung und Entwicklung." Ganztagschulen etc.: (Hervorhebung durch TA)

Bei Aussagen über eine bessere Bildung ist es schon fast selbstverständlich, daß hier - wie im Artikel von Michael Hüther, Forschungsdirektor des Instituts der deutschen Wirtschaft, in der gleichen Ausgabe - keine Aussagen gemacht werden, wie die Ordnung der Forschung und Bildung aussehen müßte, die unserem Anspruch - eine freie Gesellschaft zu sein – entspräche und bessere Ergebnisse vorweisen könnte. Wie selbstverständlich werden auch keine Aussagen über Systemfehler in der Ökonomie gemacht, die alle Anstrengungen in der Bildung bei Nichtbehebung der Ökonomiefehler in Bezug auf Vollbeschäftigung und Einkommensverteilung für die Katz erscheinen lassen.

Zum Wachstum: Ch. M. Schmidt schreibt:

Nimmt man zur Illustration einmal an, dass wir die durchschnittliche Wachstumsrate der Jahre 1990 bis 2008 - das sind 1,6 Prozent - über die kommenden zwei Jahrzehnte halten können, dann wüchse das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2030 um 37 Prozent. In einem angesichts des demografischen Wandels keineswegs unrealistischen Szenario mit einer geringen Wachstumsrate von 0,5 Prozent würde das BIP im selben Zeitraum nur um zehn Prozent wachsen. Ein ausgesprochen positives Szenario mit einer Wachstumsrate von 2,5 Prozent - wie in den achtziger Jahren - würde bis 2030 einen BIP-Zuwachs von 64 Prozent bringen.

Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Gegenwart haben mithin erheblichen Einfluss darauf, ob Deutschland seine Rolle als ökonomischer

Motor Europas festigt oder Gefahr läuft, wieder zum kranken Mann zu werden.

Prof. Schmidt läßt nicht erkennen, daß ihm die Problematik im Hinblick auf ökologische Risiken des Wirtschaftswachstums bewußt ist. Der Leser erfährt auch nicht, wem da etwas zu wachsen soll (Thema Einkommens- und Vermögensverteilung). Kein Wort wird darüber verloren, was es bedeuten würde, wenn alle Volkswirtschaften versuchen würden, ihre Probleme durch ein quantitatives Wachstum zu lösen. Ebenfalls wird nicht erklärt, warum die Ökonomien überhaupt unter dem Wachstumsdruck stehen. Es fällt kein Wort darüber, daß in einer begrenzten Welt kein unbegrenztes Wachstum möglich ist. Die Zahl der Personen und der Taugungen in unserer Republik, die sich mit dieser Aussage befassen und nach Auswegen suchen, nimmt ständig zu.<sup>1</sup>

Anders liest sich das Wachstumsthema schon in dem Gespräch „Sinkende Realeinkommen werden die Regel sein“ von Dirk Heilmann mit Meinhard Miegel, Vorstandschef von der Stiftung Denkwerk Zukunft in der gleichen HB-Ausgabe.

### **Handelsblatt:** Wie wird es sich leben lassen ohne Wachstum in Deutschland?

**Miegel:** Gut, sofern sich die Bevölkerung konstruktiv auf die neue Lage einläßt. Das fällt ihr wahrscheinlich nicht leicht, denn sie ist von ständigem Wachstum geprägt. Doch sie sollte bedenken, dass während des längsten Teils der Menschheitsgeschichte wirtschaftliches Wachstum weithin unbekannt war und insofern die Jetztzeit ganz außergewöhnlich ist. Was wir da erleben, ähnelt einer Stichflamme. Niemand kann doch vernünftigerweise davon ausgehen, dass ein Fünftel der Menschheit - wir Deutschen eingeschlossen - für alle Zeiten 70 Prozent der Weltressourcen für sich verbrauchen kann. So gesehen normalisieren sich jetzt die Verhältnisse.

---

<sup>1</sup> Ein Nachtrag:

Die HAZ berichtete am 7. April 2011, S. 6 unter dem Titel *Auswüchse* über die Ausstellung des Kunstvereins Hannover mit dem Thema *Wachstum*. Es heißt dort u.a.:

... „Dass es in dem Ausstellungsprojekt explizit um die „Metaphorik“ des Wachstums geht, ist mehr als rein sprachwissenschaftlichem Interesse geschuldet. Wer von Wachstum spricht, beispielsweise der Wirtschaft oder des Finanzsektors, legt die Vorstellung nahe, dass es auch dort so etwas wie Zeugung und Vermehrung gibt, naturwüchsige Prozesse, quasi organisches Wachstum.

Damit verbindet sich schnell der Glaube, dass Menschen nur bedingt auf diese Bereiche Einfluss nehmen können, dass schicksalhafte Mächte dort walten. Wenn man sich hingegen vor Augen führt, dass der Begriff Wachstum übertragen auf die Wirtschaft lediglich eine Metapher ist, so käme das einer Entzauberung gleich, meint der hannoversche Philosoph und Metaphernspezialist Bernhard H. F. Taureck. Der Professor warnt vor dem unreflektierten Gebrauch der Wachstumsmetapher und überhaupt vor der monströsen „Chimäre eines Wachstums ohne Sättigung“. Am 4. Mai spricht er über die Wachstumsmetaphorik. „ ...

Aber die Aussage, „Sinkende Realeinkommen werden die Regel sein“, muß nicht stimmen, denn die sinkenden Einkommen aus der Arbeit waren und sind doch dem steigenden Einkommen aus dem Kapital geschuldet. Auch sind noch Zuwächse am verfügbaren Einkommen mittels Steuerentlastung in Folge einer möglichen Überwindung der Arbeitslosigkeit denkbar. Wenn es gelingt, unsere Ökonomie auf ein Nullwachstum mit Vollbeschäftigung einpendeln zu lassen, gibt es auch keinen Grund für sinkende Realeinkommen. Hinter solchen Überlegungen steht der Gedanke, daß das Saysche Theorem, das ja besagt, daß die Produktion ihren eigenen Absatz erwirkt, mit Hilfe der Erkenntnisse durch Gesell und Keynes über das Geld zur Realisierung seines Wahrheitsanspruchs verhilft.

Ich möchte aber auf einen weiteren Widerspruch zwischen den Aussagen von Schmidt und Miegel aufmerksam machen. Schmidt schreibt:

Um die Wirkungen des demografischen Wandels abzufedern, sollte eine arbeitsmarktorientierte Einwanderungspolitik etabliert werden. Gerade die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte ist mit geringen Kosten verbunden. Sie kann einen Beitrag zur Sicherung unsers Wohlstands leisten.

Ich lese von keiner Erinnerung daran, daß die DDR einst ihre Bürger einsperrte, um eine solche Abwanderung zu verhindern. Es wird auch kein Gedanke daran verschwendet, daß eine solche Einwanderungspolitik tendenziell auch eine Politik der Lohndrückerei ist. Es wird auch die Frage ausgeklammert, unter welchen Bedingungen jedem Menschen ohne großen Konflikte die ganze Welt offen steht.

Miegel scheint mir da in seinen nachfolgenden Aussagen realistischer zu sein:

**Handelsblatt:** Inwieweit können wir mit mehr Zuwanderung den Schwund der deutschen Bevölkerung im Rahmen halten?

**Miegel:** Wo sollen denn die Zuwanderer herkommen? Die früh industrialisierten Länder weisen ausnahmslos ähnliche Bevölkerungstrends auf wie Deutschland. Wirklich stark ist das Wachstum nur in Teilen Asiens und in Afrika. Aber dort gibt es fast nirgendwo einen Überfluss an gebildeten, gut qualifizierten Menschen, die einer schrumpfenden und stark alternden Gesellschaft wie der unseren eine echte Stütze sein könnten. Qualifizierte Kräfte aus diesen Regionen abzuwerben hieße jedoch, deren Entwicklungschancen zu beeinträchtigen. In gewisser Weise wäre dies eine Neuauflage von Kolonialismus.

**Handelsblatt:** Sehen Sie das nicht zu negativ? Was hätten wir zu verlieren, wenn wir unsere Grenzen weiter öffneten?

**Miegel:** Weiteröffnen für wen? Ließen wir jeden herein, der kommen möchte, würde der Lebensstandard der Einheimischen eher sinken als steigen. Die Erfahrungen, die in diesem Punkt bisher gemacht wurden, sind nicht sonderlich ermutigend. Insgesamt hat die Migration der zurückliegenden Jahrzehnte die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit jedenfalls nicht nachhaltig gefördert.

Die Frage ist, was fördert unsere Volkswirtschaft und andere Volkswirtschaften weltweit so, daß die Menschheit mit offenen Grenzen leben kann, ohne daß durch Kriege und wirtschaftliche Not Migrationen in einem Maße ausgelöst werden, die statt einer Anreicherung als eine Überfremdung oder Zerstörung der eigenen Kultur empfunden werden. Mit den Gastarbeitern wollten wir einst die durch eine falsche Wechselkurspolitik ausgelösten Probleme einer überschäumenden Konjunktur lösen. Wir sollten inzwischen begriffen haben, daß wir Fehler im Wirtschafts-, Bildungs- und im sozialen Sicherungssystem nicht mit einer Einwanderungspolitik lösen können. Wir kommen nur wirklich weiter in der Lösung unsere Probleme, wenn wir in unserer Republik eine wirklich offene Systemdebatte führen. Daß das Handelsblatt wilens und in der Lage ist, diese anzustoßen wage ich zu bezweifeln.

Ich ergänze und schließe heute meine Betrachtungen mit einem Ausschnitt aus einem Interview von Karl-Ludwig Baader mit dem Soziologen Detlev Claussen aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 5. April:

**HAZ:** Um die Veränderungen in der Gegenwart zu begreifen, schlagen Sie Begriffe wie Alltagsreligion vor. Ist denn der Begriff der Ideologie passé?

**Claussen:** Der Begriff der Ideologie, der im sogenannten kurzen Jahrhundert, von 1914 bis 1989, wichtig war, richtete sich noch an der Aufklärung aus.

Er hatte einen Wahrheitsanspruch, den man mit Ideologiekritik infrage stellen konnte. Es war falsches Denken, aber immer noch Denken. Bei der Alltagsreligion dagegen ist der Glaubensaspekt entscheidend, es kommt auf unreflektierte Emotionalität an. Und die ist ein Denkverhinderer.

**HAZ:** Was kann die Kritische Theorie da tun?

**Claussen:** Das Gegengift gegen Ideologie wie Alltagsreligion ist Selbstreflexion. Wir alle haben zunächst viele vage Vorstellungen im Kopf, viel Unsinn auch. Und die müssen einer Reflexion unterzogen werden, damit wir das Täuschende erkennen, die Phänomene richtig einordnen und auch verändern können.



Ich war nun gerade dabei, den Ausschnitt aus der HAZ einzuscannen, da kam ein Anruf eines jungen Freundes. Er kündigte per E-Mail einen Link zu einem Beitrag aus dem SPIEGEL-ONLINE an. Ich gebe hier im wesentlichen nur die im Original fettgedruckten Zeilen wieder, um zu verdeutlichen, daß unsere Ökonomiekrise eine Theoriekrise ist.

05. April 2011, 11:17 Uhr

Manager-Ausbildung  
"Ökonomie ist Gehirnwäsche"

*Von Annick Eimer*

Manager haben mit der Finanzkrise ganze Staaten in den Schuldenstrudel gezogen. Und die Konsequenzen in den Wirtschaftswissenschaften? Ein paar Stunden Ethik. Die ändern aber nichts am Problem: Viele Ökonomen rechnen zu viel und scheren sich zu wenig um die sozialen Folgen.

...

"Ein paar Ethikstunden polen Karrieristen nicht um."

...

Kein Bezug zur realen Welt

...

Nobelpreisträger geißelt die Mathematisierung des Fachs

...

"Rationaler Egoismus von Kalkulationsautomaten"

...

Gesucht: Wirtschaft ohne Wirtschaftswissenschaften

Unter zuletzt genannter Unterschrift ist u. a. zu lesen:

Ähnlich schallt es von der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen. Die Privat-Uni ist so etwas wie das *Enfant terrible* in der Hochschullandschaft, Motto: Wir machen alles anders. "Eine Frage, die uns von Anfang an beschäftigt hat, war: 'Wie kann man Wirtschaft studieren, ohne Wirtschaftswissenschaften zu studieren?'", sagt Stephan Jansen, Präsident der Universität. Die reine Zahlenschuberei ohne auch nur den Versuch einer kritischen Reflektion dessen, was man da treibt - das kritisiert er. Eines seiner Gegenmittel: Ein wirtschaftswissenschaftliches Studium gibt es nur in Kombination. Zum Beispiel mit Kultur- oder Kommunikationswissenschaften.

Dieses Zitat erinnert mich an eine Aussage von Karl Walker, den ich schon erwähnt habe und der sich ein Leben lang mit Wirtschaftswissenschaftlern auseinandergesetzt hat. Er befürchtete, daß ein Mensch, der Wirtschaftswissenschaft studiert, für die Wirtschaftswissenschaft verloren sei.

Annick Eimer schreibt auch:

Das ist es, was der Wirtschaftswissenschaftler am liebsten tut - Modelle entwickeln, mit denen er ökonomische Strukturen und Prozesse untersuchen und erklären will. Menschen spielen in diesen Modellen allerdings so gut wie keine Rolle. Sie werden in aller Regel auf den so genannten *homo oeconomicus* reduziert, das theoretische Modell eines Menschen, der nie irrational handelt, sondern immer nur im Sinne der eigenen Nutzenmaximierung.

Die hier enthaltene Kritik ist in letzter Zeit häufiger zu lesen. Die Kritik ist aber nur dann berechtigt, wenn a) das Modell nicht der Wirklichkeit angepaßt wird, sondern der Versuch unternommen wird, die Wirklichkeit mit dem Modell verwechselt wird. Modelle sind eine gedankliche oder reale Hilfskonstruktion, um ein komplexes Ganzes zu verstehen oder zu gestalten. Wenn wir Bürger (erstmal) aufgerufen würden, uns eine Verfassung zu geben, dann müßten wir uns vorher eine Vorstellung, ein gedankliches Modell machen von unserem Staat, wie er durch die Verfassung gestaltet werden soll. Ohne Modell sind wir hier orientierungslos. Das Architekten gerne Modelle von ihren Gebäuden bauen, weil diese für die eigene Überprüfung mehr hergeben als eine zweidimensionale Zeichnung und den Auftraggeber leichter überzeugen, ist bekannt. Schiffbauer sollen in früheren Zeiten von seegängigen Schiffen handliche Modelle geschnitzt haben, die ihnen (vermutlich nach Übertragung der Maße in einen anderen Maßstab) als Vorlage für die Großausführung gedient haben. Wir könnten uns auch gar nicht rational für oder gegen eine marktwirtschaftlich oder zentralverwaltungswirtschaftliche Wirtschaftsordnung entscheiden, wenn wir uns nicht vorher die vermuteten Wirkungen und die Strukturelemente in den jeweiligen gedanklichen Modellen anschaut hätten. Modelle können aufgrund der Erfahrung mit realisierten Modellen korrekturbedürftig sein. Ich denke aber, solange Modelle anschaulich bleiben und nicht in mathematische Formeln gepreßt werden – die in sich die Gefahr der Fehlinterpretation tragen - können wir nicht auf sie verzichten. Und bei dem Gebrauch vom *homo oeconomicus* hat sich wohl ein Denkfehler eingestellt. Mit dem Begriff war wohl nie ein realer Mensch gemeint. Prof. Dr. Hans Sveistrup schreibt in seinem Buch „Stirners drei Egoismen 1931 / 1983:

#### DER HOMO OECONOMICUS

Zur Klasse solcher zu Forschungszwecken geschaffenen Als-ob-Gebilde (methodologische Fiktionen und Idealtypen) gehört der sogenannte *homo oeconomicus*, der wirtschaftende Mensch. Dieser Begriff ist ein Ergänzungsstück zum Begriff der Verkehrswirtschaft im systematischen Aufbau ihrer Darstellung, keine psychologische und keine geschichtswissenschaftliche Behauptung.

Der Inhalt des Begriffs homo oeconomicus ist ein rein und streng rechnerisch verfahrenender Wirtschaftsträger in einer marktlich geordneten Wirtschaft. Verglichen mit dem in der Erlebniserfahrung angetroffenen Menschen ist der homo oeconomicus eine reine Gedankenschöpfung, die durch Weglassung zahlreicher und Steigerung der aufgenommenen Eigenschaften gebildet ist. ... S.41 f.

Es genügt also nicht das Denken in Modellen der Ökonomen zu kritisieren, sondern es muß im Einzelfall nachgewiesen werden, warum und wieso einzelne Modelle der Wirklichkeit nicht gerecht werden. Ein Wirtschaftsfachblatt hätte seinem Publikum also viel Anregendes vorzustellen. Es könnte z. B. damit anfangen, warum die Modellvorstellung vom Euro-Rettungsfonds wenig mit der Rettung des Euro zu tun hat. TA